



Nr. 564. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. December 1878.

Deutschland.

Berlin, 30. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann L. Brodmann in Ciudad Bolívar (Venezuela) zum Consul ernannt.

Se. Majestät der König hat den Consistorial-Rath Dr. jur. Wilhelm Richter in Breslau zum Ober-Consistorial-Rath und Mitglied des Evangelischen Ober-Kirchenrats ernannt.

Der Privatdozent Dr. Friedrich Schmitz in Halle a. S. ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Bonn ernannt worden. — An dem Schulrechts-Seminar zu Steinau a. O. ist der Hilfslehrer Freund zum ordentlichen Lehrer befördert worden. — Dem Kreisgerichts-Rath Delzen in Erfurt ist die Function des Abtheilungs-Direktors bei dem Kreisgericht daselbst übertragen. Der Amtsrichter Christensen in Hohenwestedt ist an das Amtsgericht in Flensburg versetzt. Dem Rechtsanwalt Gail zu Hachenburg ist gestattet worden, seinen Wohnsitz nach Habamar zu verlegen. Die nachgeführte Dienstentfernung ist ertheilt: dem Kreisgerichts-Rath Groth in Altona, dem Kreisgerichts-Rath Callisen in Flensburg und dem Kreisgerichts-Rath Neisig in Naumburg a. d. S. mit Pension, sowie dem Stadtgerichts-Rath Hensel in Breslau.

Berlin, 30. Nov. [Über die Reise Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Majestäten] von Karlsruhe nach Berlin sind folgende Dispositionen getroffen worden:

Am Mittwoch, den 4. December, Abends 9 Uhr 30 Minuten, Abfahrt von Karlsruhe mittelst Extrazuges, Ankunft in Heidelberg 10 Uhr 30 Minuten, in Frankfurt am Donnerstag früh 12 Uhr 15 Minuten, in Kassel 4 Uhr, in Kreuzen 6 Uhr 10 Minuten, in Börßum 7 Uhr 20 Minuten.

Nachdem dort der Kaffee eingenommen worden, Weiterfahrt um 7 Uhr 40 Minuten, Ankunft in Magdeburg 9 Uhr 5 Minuten, Weiterfahrt von Magdeburg 9 Uhr 12 Minuten, Ankunft in Großkreuz 10 Uhr 42 Minuten.

Bon Groß-Kreuz, wo Bouillon genommen wird, Weiterfahrt Vormittags 11 Uhr 8 Minuten, Ankunft in Potsdam 11 Uhr 20 Minuten, in Berlin Mittags 12 Uhr.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] Lehrt gestern Abend um 8½ Uhr mit den Königlichen Prinzen von Leiningen zurück. Heute Vormittag um 11¼ Uhr nahm Höchstselbst in Gegenwart des Commandanten, Generals Grafen von Wartensleben, die Meldungen des Generalmajors Liebe, des Obersten Freiherrn v. d. Goltz und des Majors v. Brünneck entgegen. Darauf arbeitete Se. Kaiserliche Hoheit mit dem Chef des Militär-Cabinetts, General v. Albedyll.

[R.-A.] Berlin, 1. Decbr. [Der kleine Belagerungszustand und die Ausweisungen.] Erwartungsvoll sieht die Berliner Bürgerschaft und wohl auch das ganze Land den angekündigten parlamentarischen Schritten entgegen, welche das Abgeordnetenhaus angesichts der Verhängung des partiellen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend zu unternehmen Willens sein soll. Wenn in Finanzfragen, sagt man, zwischen Abgeordnetenhaus und Reichstag eine Brücke geschlagen werden soll, weshalb kann dies nicht in einer den ganzen Credit des Landes und der Reichshauptstadt betreffenden Angelegenheit gleichfalls geschehen, wo es sich um das Vertrauen der Regierten zur Regierung handelt? Warum ergreift das Ministerium nicht selbst die Initiative, um die Berliner Bürgerschaft und die Nation durch das jetzt versammelte Organ des Volkswillens, das Abgeordnetenhaus, zu beruhigen? Es schleichen beängstigende Gerüchte an allen öffentlichen Orten, an der Börse, in den Foyers der Theater, in Restaurants &c. durch die Menge, die das Vertrauen untergraben. Nirgends mehr als im Abgeordnetenhaus wird dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg, parlamentarische Erfahrung und Gewandtheit nachgerühmt, aber man fragt, welchen Gebrauch er gerade in diesem kritischen Moment von jenen Eigenschaften zu machen gedenkt. Ebenso wird die Frage aufgeworfen, ob dem Stellvertreter des preußischen Ministerpräsidenten, dem Grafen Stolberg-Wernigerode, nicht die Verpflichtung obliege, dem versammelten Landtage, ebenso wie dies dem Bundesratte gegenüber geübt, Aufklärungen darüber zu geben, ob in der That die Sicherheitsbehörden Beweise für eine geplante Verschwörung in Händen haben, oder ob es sich lediglich um Präventiv-Maßregeln für den Schutz des Kaisers am 5. December handelt. In der Presse macht sich die Auffassung geltend, daß nur letzteres der Fall sein könne. Man sagt, die Stellung des Polizei-Präsidenten v. Madai sei durch die beiden ersten Attentate derartig erschüttert gewesen, daß er die Verantwortlichkeit für die am 5. December möglicherweise eintretenden Störungen nicht allein tragen wolle, sondern die Hilfe jener Bestimmungen des Ausnahmegesetzes in Anspruch nehme, die den Schutz der allerhöchsten Person zu garantiren geeignet sein sollen. Handel und Wandel erscheinen den Geschäftsmännern deshalb gefährdet, weil die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes nicht mehr den Socialdemokraten allein gilt. Man erwägt, daß jede bürgerliche Existenz durch die Entziehung des Aufenthalts im Wohnorte von der Gnade oder Ungnade der Exekutivbehörde abhängt, namentlich in einer Zeit, wo der Begriff: „Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist“ sehr elastisch gedeutet werden kann. Welche Personen sind dies, fragt man? Iedersfalls auch nicht-socialistische und damit ist eine Perspektive eröffnet, welche der Regierung die Verpflichtung auferlegen sollte, vor dem preußischen Landtage die ihr anvertraute discretionäre Gewalt selbst in einer Weise zu beschränken, die das Vertrauen wiederherzustellen geeignet erscheint. Indessen wird seitens des Abgeordnetenhauses kaum ein Zwang auf die Entschließungen der Regierung ausgeübt werden. Die beiden liberalen Fraktionen, welche gestern und heute versammelt waren, haben die erwartete Interpellation nicht formulirt, und es verlautet auch nicht, daß sich das Centrum damit befaßt habe. Die Stimmung im Abgeordnetenhaus ist eben einer parlamentarischen Intervention nicht günstig. Man schlägt die Inkompetenz des Landtags vor, den Mangel an Material, die Besorgnis in leeren Declamationen zu verfallen, und hält sich überzeugt, daß sich die Regierung mit dünnen Worten auf die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage beziehen und jede Auskunft verweigern würde.

[Einzug des Kaisers und Wiederübernahme der Regierung durch denselben.] Die „B. M.-Z.“ schreibt: Für den Einzug des Kaisers war es ursprünglich beabsichtigt, dem kaiserlichen Wagen eine Abteilung Gardes du Corps voraufstreiten und folgen zu lassen. Jetzt ist davon Abstand genommen worden und es wird dem

kaiserlichen Wagen keine Corfege beigegeben werden. Der Kaiser soll, wie es heißt, selbst keine großen Aufzüge gewünscht haben. In den nächsten Tagen nach der Ankunft des Kaisers wird der offizielle Empfang der Deputationen der Stadt und anderen Körperschaften erfolgen. Auch die Präsidien beider Häuser des Landtages werden den Kaiser noch einmal mündlich beglückwünschen. — Die Übernahme der Regierung durch den Kaiser und König wird nach der Ankunft des Monarchen mit einem solennem Act eingeleitet werden, in einer Art von Conseil, in Gegenwart des Kronprinzen, des Reichskanzlers und seines Vertreters, des Grafen v. Stolberg-Wernigerode, der Minister, des Cabinetsraths und des Vorstandes des Militär-Cabinetts. Gleichzeitig damit soll eine Proclamation des Kaisers erlassen werden.

[Sensationsgerüchte.] Nach einer Notiz Berliner Blätter wären in Hamburg seitens der dortigen Behörde zwei Kisten mit gefüllten Ortsbomben angehalten worden. — Man wird, sagt die „Tribune“, gut thun, derartige Gerüchte, die gerade in diesem Augenblick mehr als je in der Luft liegen, bis zu ihrer authentischen Bestätigung doppelte Vorsicht entgegenzuhalten.

[Eisen-Enquête-Commission.] Der „Weser-Ztg.“ wird aus Berlin telegraphirt, die Eisen-Enquête-Commission, welche die Vernehmung der Sachverständigen beendigt hat, werde voraussichtlich von Formulirung von Vorschlägen in der Zollfrage Abstand nehmen, so daß der Bericht an den Bundesrat in etwa 14 Tagen erstattet werden kann. Das Ergebnis der Enquête werde als ein der Einführung eines mäßigen Eisenzolles günstiges bezeichnet.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Nachstehende Druckchristen find von der königlichen Regierung zu Oppeln verboten worden: 1) Das Communistische Manifest. Neue Ausgabe mit einem Vorwort der Verfasser (Karl Marx, Friedrich Engels). Leipzig, 1872. Verlag der Expedition des „Volksstaat“. 2) Das A. B. C. des Wissens für die Denkenden von Dr. A. Douai. Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei. 1875. 3) Die Allgemeine Deutsche Arbeiter-Versicherungs-Genossenschaft. Von Fritz Mende. Leipzig, 1870. Verlag des Lassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. 4) Neue Vieblnichts über den Antrag auf Beurlaubung der gefangenen social-demokratischen Reichstagsabgeordneten. Nebst einem Anhang, enthaltend Actenstücke zur Charakteristik des Staatsanwalts Lessendorff &c. Leipzig. Genossenschafts-Buchdruckerei. 5) Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Von A. Bebel. Leipzig. Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei. 1878. 6) Die neue Gesellschaft. Monatsschrift für Socialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Erster Jahrgang. Neues Heft (Juni 1878). Zürich. Verlag der „Neuen Gesellschaft“. 1878. 7) Unsere Ziele. Von Aug. Bebel. Leipzig. Verlag der Expedition des „Volksstaat“. 1872. 8) Protokoll über die Generalversammlung der Gewerkschaft der Schuhmacher, abgehalten zu Kassel vom 5. bis 8. Juni 1876. Druck der Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg (C. G.). 1876. 9) Neue Stunden der Anwalt. Von J. Ph. Beder. Deutsche Verlagschalle, Pré-l'Eveque 35, Geuf 1874. 10) Der große Krach. Von Friedrich Gottlieb Schulze. Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung (F. Franz). 1875. 11) Waldverbüllung und Ueberbewirtschaftung. Von Georg Vollmar. Druck: Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig. 12) Die Organisation der Massen. Von Karl Hillmann. Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei. 13) Preußischer Schnaps im Deutschen Reichstag. Separatabdruck aus dem „Volksstaat“. 1876, Nr. 23 und 24. 14) Druck: Genossenschaftsbuchdruckerei. 1876. 15) Zur Geschichte der Kommune von Paris, von Wilhelm Blos. 2. Auflage. Leipzig, 1876. 2) Gegen die Prügel-Pädagogen. von Edward Sack. 1878. 3) Der befehlte Nagelschmid. Gedicht von Heinrich Röller. 1865. 4) Anti-Syllabus. Gedicht von Dr. Hermann Kraßer. 5) Am Webstuhl der Zeit, social-politischer Roman in 3 Bänden von A. Otto-Walster. 1878. 20) Der Kleinbürger und die Socialdemokratie. Von Johann Most. Augsburg. Verlag der Volksbuchhandlung (J. Enders).

Ferner wurden verboten der Gemeindeverein zu Stötteritz, sowie die Gesangvereine „Frohsinn“ und „Sängerbund“ daselbst, Nummer 4 der in Mannheim erscheinende „Mitteldeutsche Familienblätter“, sowie das fernerne Erheben dieser periodischen Druckchrist; die nachveriedneten, in dem Verlage von W. Bräde in Braunschweig erschienenen Druckchristen: 1) Zur Gedichte der Commune von Paris, von Wilhelm Blos. 2. Auflage. 1876. 2) Gegen die Prügel-Pädagogen. von Edward Sack. 1878. 3) Der befehlte Nagelschmid. Gedicht von Heinrich Röller. 1865. 4) Anti-Syllabus. Gedicht von Dr. Hermann Kraßer. 5) Am Webstuhl der Zeit, social-politischer Roman in 3 Bänden von A. Otto-Walster, 1878.

[Die geologische Landesanstalt und die Bergakademie in Berlin] haben eine ansehnliche Erweiterung erfahren. Nachdem nämlich das neue Amtsgebäude für die Anstalt vollendet ist, wird die Organisation der für jenes Institut von Anfang an in Aussicht genommenen Gestaltung entgegengeführt. Die in dem Neubau zu vereinigenden Anstalten sind: die geologische Landesanstalt mit dem geologischen Museum; letzteres wird die geologischen Verhältnisse des gesammelten Staatsgebietes durch Karten und Sammlungen der Gesteine, Versteinerungen und der in den Gebirgschichten vorkommenden nutzbaren Materialien zur Anschauung bringen; ferner die Abteilung der Anstalt für die geologische Aufnahme des norddeutschen Flachlandes unter spezieller Berücksichtigung land- und forstwirtschaftlicher Interessen, nebst einem Laboratorium für Landuntersuchungen; dann die Bergakademie mit der Bibliothek, demnächst die Laboration für Mineral-Analyse und für metallurgische Probiarkunst, in welchen zugleich die Untersuchungen für die geologische Landesaufnahme ausgeführt werden; hierauf innerhalb der Laboratorien die neuerrichtete Station zur Ausführung chemischer Untersuchungen im Interesse der Eisenindustrie, und endlich das Museum für Bergbau und Hüttenwesen, welches die gesammelten Erzeugnisse des preußischen Bergbaus und die Prozesse, sowie die Erzeugnisse des Hüttenbetriebes und der technologischen Verarbeitung der Mineralien und der Metalle enthalten wird. Das bisher vor der Bergakademie benützte Gebäude, die frühere Börse, wird der großen Landes- (königlichen) Bibliothek zur Benutzung überwiesen werden. Sonst wird eine Veräußerung von Staatswerten innerhalb der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung nicht stattfinden.

[Arbeitsbücher.] Da es streitig geworden, wer die Kosten für die Belehrung der an die Kreis- und städtischen Ortspolizeibehörden verantwor-tenden Arbeitsbücher und Arbeitskarten zu tragen habe, so ist entschieden worden, daß die betreffenden Arbeiter sie unter keinen Umständen entrichten dürfen, da das Gesetz die Aushändigung der genannten Bücher und Karten an die Arbeiter kosten- und stempelfrei vorschreibt, einen Vorbehalt für die Erlegung des Selbstostenpreises für die Formulare auch nicht gemacht hat. Hierauf fallen die entstehenden Kosten jedenfalls den zur Tragung der sachlichen Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung gesetzlich verpflichteten zur Last. Die Zahlung der in den Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter hat übrigens zu Anfang kommenden Monats zu erfolgen.

[Rinderpest.] Laut telegraphischer Mitteilung der Königlich preußischen Bezirksregierung zu Gumbinnen ist das Auftreten der Rinderpest in der Stadt Stallupönen amtlich constatirt worden. Die in dem Gesetz vom 7. April 1869 (Bundes-Gesetzblatt Seite 105) und der Instruktion vom 9. Juni 1873 (Reichs-Gesetzblatt Seite 147) vorgesehenen Sicherheitsmaßregeln sind sofort nach Constatirung der Seuche zur Ausführung gelangt. Unterfang des Postdampfschiffs „Pomerania.“ Von der

für Deutschland bestimmten Post des am 14. November aus New York ab gegangenen Dampfers „Pomerania“ sind diejenigen Briefsäcke, welche auf dem Wege über Belgien Beförderung erhalten sollten, in Plymouth gelandet und ihrer Bestimmung zugeführt worden. Die übrige Post nach Deutschland ist mit der „Pomerania“ untergegangen. Dieselbe enthielt die Correspondenz aus den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie aus Canada.

[Wiesbaden, 30. Nov. [Se. Majestät der Kaiser] und sämtliche hier anwesenden Fürstlichkeiten wohnten gestern der Matinee Danzante bei dem Regierungspräsidenten von Würmb bei. Abends erhielt der Kaiser im Theater, wo Allerhöchsteselben begeisterter Abschiedsvorstellung bereit waren.

[Wiesbaden, 30. Nov., Abends. [Se. Majestät der Kaiser] ist heute Nachmittag 4 Uhr 30 Minuten nach Karlsruhe abgereist. Auf dem Bahnhofe verabschiedeten sich die hier anwesenden Fürstlichkeiten, sowie die Spitäler der Behörden und das Officercorps von Sr. Majestät. Der Kaiser wurde auf dem ganzen Wege, vom Schloß bis zum Bahnhofe, von der Bevölkerung mit den freudigsten Hochrufen begrüßt.

[Frankfurt a. M., 30 Novbr. [Se. Majestät der Kaiser] traf heute Nachmittags 5 Uhr 10 Minuten hier ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem Polizeipräsidenten, dem Oberbürgermeister und den hier anwesenden Generälen empfangen. Nach einem Aufenthalte von 10 Minuten setzte Se. Majestät die Reise nach Karlsruhe fort.

[Stuttgart, 28. Novbr. [Wechsel im Justizministerium.] Es verlautet daß Ministerpräsident Mittwoch, welcher die Portefeuilles der Ministerien des Auswärtigen, des königl. Hauses, der Justiz und die Leitung der Verkehrsanstalten in Händen hat, das Portefeuille der Justiz abgeben will. Die Gründe für diesen Entschluß sind rein persönliche: Geschäftsaufbürdung und mangelnde Gesundheit. Die Leitung des Justizministeriums, welche bisher fast nur burokratische Geschäfte mit sich gebracht hatte, wird in Folge der neuen Justizgesetze einen ganz anderen Charakter annehmen, da dem Justizminister durch die neuen Bestimmungen über die Staatsanwaltschaft die praktische Oberleitung der Justizpflege zufällt. Diese Aufgabe zu den anderen Amtern und insbesondere zu seiner leitenden Stellung im ganzen Staatswesen als Ministerpräsident und für Württemberg maßgebendes Mitglied des Bundesrates hier zu übernehmen, fühlt sich Mittwoch außer Stande. Wie es heißt, soll Director Beyerle die Leitung des Justizdepartements übernehmen.

[Stuttgart, 30 Novbr. [Ihre Majestät die Kaiserin] ist heute Nachmittag 3 Uhr 55 Minuten von Coblenz hier eingetroffen. Ihre Majestät wurde auf dem Bahnhofe von dem Könige empfangen und fuhr sodann, von der Bevölkerung auf das Herzlichste begrüßt, nach dem Schloß. Heute Abend begibt sich die Kaiserin nach Karlsruhe.

[Baden-Baden, 1. December. [Fürst Gortschakoff] hat heute nach einem dreimonatlichen Aufenthalt Baden-Baden wieder verlassen. Derselbe reiste Morgen 9 Uhr 50 Minuten nach Stuttgart, um sich von da aus nach einem etwa dreitägigen Aufenthalt nach Berlin zu begeben.

Oesterreich.

Pest, 30. Nov. [Delegation.] In der heutigen Sitzung des Finanz-Ausschusses der Reichsrats-Delegation hielt Graf Andrássy eine längere Rede, in welcher er nach einer Erörterung der ganz exceptionellen Lage des österreichisch-ungarischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Betreff der Darstellung seiner Politik zunächst constatierte, daß die Vorwürfe, welche die Regierung vor und nach dem Congress gemacht worden seien, vor verschiedener Natur seien. Während vor dem Congress die Regierung verhindert worden sei, den Zeitpunkt für die Wahrung des Antriebs und der Interessen der Monarchie zu versäumen, befehlt es jetzt, Oesterreich habe seinen Einfluß in verkehrter Richtung ausübt. Die Anklage gegen die Regierung concentrierte sich in der Hauptfache auf die Annahme des Occupations-Mandats. Hierbei sei das politische Moment und die Geldfrage zu erwägen. Jeder Unparteiische müsse constatiren, daß die Monarchie, ohne an einem opferreichen Kriege Theil zu nehmen, an Ansehen gewonnen habe, und daß sie zur theilweisen Entfaltung ihrer Wehrkraft nur nach dem Kriege und nur behufs einer klar umschriebenen Aufgabe, nämlich der Occupation Bosniens und der Herzegowina, gezwingt gewesen sei. Er, Graf Andrássy, wolle die Thatsache, daß nach einem Kriege, welcher die Machtverhältnisse zu Ungunsten Oesterreich-Ungarns zu verschoben drohte, neue Provinzen in den immediaten Nachbarbereich der Monarchie gezoagt worden seien, nicht als Beweis für die Nichtigkeit der Politik der Regierung anführen. Die Monarchie bedürfe keiner territorialen Vergrößerung, sie bedürfe einer intensiven Entwicklung, nicht einer extensiven Ausdehnung. Weil ihr diese Aufgabe sei, sei ihr Bestand und ihre Kraftigkeit als europäische Rethwendigkeit anerkannt worden und floße die Ausführung ihrer natürlichen Mission den europäischen Mächten nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen ein. Er könne dem Urtheile der Delegation entgegensetzen mit dem ruhigen Bewußtsein, Alles vermieden zu haben, was zu vermeiden gewesen sei, und Alles erreicht zu haben, was zu erreichen gewesen sei. Um ein begründetes Urtheil über die Politik der Regierung zu fällen, sei es nothwendig, klar zu stellen, ob die Annahme richtig sei, daß die Occupation das Ziel der Regierung gewesen sei, ob es möglich gewesen sei, der Occupation auszuweichen, ohne die vitalen Interessen der Monarchie aufzugeben und ob, wenn die Occupation unabwendlich gewesen sei, sie nicht unter günstigeren Verhältnissen früher oder später erfolgen können. Um die Behauptung zu entkräften, daß die Regierung die Occupation unvermeidlich machen wollen, erörtert Graf Andrássy die Stellung, welche die Regierung in den Hauptphasen des orientalischen Conflicts eingenommen habe. Gelegentlich der Collision zwischen Montenegro und der Türkei bei Kolashin und Podgorica habe die Regierung mit Erfolg auf eine Versöhnung hingearbeitet. Als später die Bewegung in der Herzegowina ausgebrochen sei, habe die Regierung jede Einmischung zu vermeiden gesucht. Als dies nicht mehr möglich gewesen sei, sei sie bestrebt gewesen, einen europäischen Conflict wegen der Osttrennung Bosniens und der Herzegowina von der Türkei zu verhindern und mit Hilfe Europas eine Lösung zu finden, welche als der einzige mögliche Vertrag habe gelten können, die Provinzen der Pforte zu erhalten. Die Regierung habe eine Reformnote vorgeschnitten, Europa habe dieselbe der Pforte vorgelegt, welche sie im Prinzip angenommen habe. Die Regierung habe alles Mögliche gethan, um die Injurienten zur Annahme der Condiotionen der Pforte zu bewegen, habe sie aber nicht dazu zwingen können. Die Haltung der Regierung gegenüber der Mission des General Sumaradoff sei bekannt. Aufstand habe Oesterreich-Ungarn vorgeschnitten, behufs Garantie für die Durchführung der Reformen Bosniens zu besiegen, während Aufstand Bulgarien besiegt wurde. Trotz der freundlichen Beziehungen zu dem Nachbarreiche sei dieser Vorschlag abgelehnt worden. Bezuglich der Stellung Oesterreich-Ungarns gegenüber der Konstantinopoler Conferenz verwies Graf Andrássy auf das vorjährige Notbuch und fügte hinzu, er habe nie ein Geheimniß daraus gemacht, daß er die Anträge der Conferenz immer als zu weitgehend erachtet habe. Die österreichischen Bevölkerungen hätten sich den gesuchten Vorschlägen nur deshalb anzuschließen gehabt, um nicht die Pforte zum

Widerstände zu ermutigen. Hierauf sei das Londoner Protokoll gefolgt. Nachdem auch die Einstimmigkeit der Mächte kein Resultat ergeben habe, habe Österreich-Ungarn mit Erfolg die Ansicht vertreten, dass man von der Pforte bloss die Ausführung jener Punkte des Programms der Konferenz verlangt, die sie selbst zugesagt habe. Als dann die Pforte im Begriff gewesen sei, das Protokoll ihrerseits abzulehnen, und die russische Kriegs-Eklärung auf dem Wege gewesen sei, die österreichisch-ungarische Regierung die letzte gewesen, welche noch einen Versuch zur Erhaltung des Friedens unternommen habe. Graf Andrássy citierte darauf aus dem Rothbuche die Depesche vom 6. April 1877 an Baron Herbert in Konstantinopel und dessen Antwort vom 10. April. Dass der Rat Österreichs wohlgemeint und zweitmäig gewesen, beweise der Auspruch Midhat Paschas, welcher die Nichtbefolgung dieses Rethes als den größten Fehler der türkischen Politik bezeichnet habe. Dies sei die Haltung Österreich-Ungarns vor dem Ausbruch des Krieges gewesen. Österreich-Ungarn habe den Krieg hintanhalten und die Reformen auf das reduzieren wollen, was die Türkei hätte friedlich annehmen können. Sie habe die Ausführung der Reformen der Türkei selbst ohne einen festgesetzten Termi überlassen wollen. Die Regierung könne somit mit ehrlichen Gemüsen sagen, dass ihre Politik das Streben nach Landeverb ausliefere. Der Standpunkt der Regierung war der: so lange Aussicht war, dass die Türkei als legitime Besitzerin der betreffenden Provinzen ihre Autorität daselbst in irgend einer Form halten könnte. Alles zu vermeiden, was zu einer nothdringenden Occupation führen könnte, sobald sich aber herausstellen sollte, dass die Türkei nicht mehr in der Lage sei, diese Provinzen zu behaupten; sobald diese Länder auf dem Sprunge standen, ihren Herrn zu wechseln, müsste die Regierung es als Pflicht gegen sich selbst betrachten, die Löhung durch die Occupation in das Auge zu fassen. Dies erkläre die scheinbaren Widersprüche in den Ausführungen und dem Vorgehen der Regierung. Bezuglich der zweiten Frage, ob es möglich war, der Occupation apsuweichen, ohne die vitalen Interessen der Monarchie Preiss zu geben, erörterte Graf Andrássy die Lage der Türkei nach dem Frieden von San Stefano und wies nach, dass der Versuch, Bosnien und der Herzogowina eine autonome Stellung unter türkischer Herrschaft zu geben, ausichtslos gewesen wäre, dass sich auf dem Congres keine Stimme für die Lebensfähigkeit solcher Autonomie erhoben hätte, und dass schließlich der Verlust Dalmatiens nur eine Frage der Zeit gewesen wäre. Eine Macht aber, die eine Seele gebahnt und verloren, hörte auf eine Macht zu sein. Eine solche Gefahr hätte nur durch unverhältnismäig Opfer beseitigt werden können. Graf Andrássy wies auf den dominirenden Einfluss Montenegro auf die Bevölkerung der Nachbarprovinzen hin, während von Bosnien und der Herzogowina aus Österreich dominire. Ohne Österreich-Ungarns heutige Stellung wäre die Ruhe seiner Grenzprovinzen von dem Willen kleiner Nachbarstaaten abhängig, und Alles, was es zu Stande gebracht, wäre im Momente einer Collision dem Machtbereiche dieser Länder verfallen gewesen. Dass sich übrigens das türkische Regime in Bosnien und der Herzogowina nicht auf die Dauer halten könnten, bemisst der Zustand, in dem Österreich das Land gefunden habe. Die nothwendige Folge wäre die Formirung einer südländischen Conföderation an der österreichisch-ungarischen Grenze gewesen. Dem gegenüber konnte sich die Regierung nicht auf eine negative Politik beschränken. Jede Politik, die sich gegenüber der Macht der Thalachen auf eine bloße Negation bekränkte, die statt die Strömungen zu leiten, sie zurückdämmen wolle, ohne ihnen mit einem positiven Programme zuvorzutreten, sei von vornherein verloren. Graf Andrássy beleuchtete eingehend die Folgen, welche die Niedernahme des Mandats geahnt haben würde. zunächst hätte die Böhmerrhöheit in Bosnien und Herzogowina die machloren Behörden der Pforte verjagt. Die Janatifer hätten die Christen terrorisiert. Montenegro und Serbien hätten nothdringend einschreiten, Österreich-Ungarn aber einen Theil der Truppen, die jetzt in Bosnien ständen, in den Grenzprovinzen gebrauchen müssen. Aber selbst wenn dies nicht geschehen wäre, so wäre bei der evidenten Unfähigkeit der Pforte, den Berliner Frieden gegenüber Montenegro und Serbien auszuführen, anlässlich irgend eines Ereignisses, wie jenes von Diaibova, die orientalische Krise in ihrem ganzen Ausdehnung wieder ausgebrochen. Österreich-Ungarn hätte dann, nachdem sich alle ihm feindlichen Elemente in Bosnien und der Herzogowina festgesetzt, ohne Mandat, ohne Herstellung des Friedens, vielleicht bei Beginn eines europäischen Krieges, das Land denjenigen entreissen müssen, die sich dort festgesetzt hätten. Für die zehnfachen Opfer, die das gesetzt hätte, wäre der Minister verantwortlich gewesen, der den Mut gehabt hätte, das Mandat auszufüllen. Die Bewegung wäre dort entstanden, wo sie vor Jahren entstanden, in Bosnien und der Herzogowina. Es wäre einem Minister nicht zu verzeihen gewesen, wenn er die Gefahr von einer Seite nicht vorausgesehen hätte, von wo sie schon einmal eingetreten sei. Graf Andrássy glaubt seine Popularität den Interessen des Staates, nicht aber die Interessen des Staates seiner Popularität gepflegt zu haben. Bezuglich der dritten Frage, ob es möglich gewesen wäre, die Occupation unter politisch günstigeren Modalitäten früher oder später durchzuführen, betonte Graf Andrássy die Einstimmigkeit des europäischen Mandats, welches weder auf Kosten der Actionsfreiheit Österreich-Ungarns, noch durch Aufgaben anderer europäischer Interessen erreicht worden sei. Die Haltung Serbiens und Montenegros wäre eine durchaus loyale und correcte gewesen. Es sei das Verdienst der Politik der Regierung, dass diese Länder in einem freundlichsten Verhältnis zu Österreich-Ungarn ihr wahres Interesse erkennen. Die Insurrection sei in erster Linie nicht gegen Österreich-Ungarn, sondern gegen die Pforte und überhaupt gegen die Ordnung gerichtet gewesen. Die Occupation hätte nicht früher ausgeführt werden können, weil sie ohne europäisches Mandat Österreich Complicationen hätte zuschließen können und weil die Occupation dann aus einem Acte, welcher bestimmt war, die Türkei innerhalb neuer Grenzen lebensfähig zu machen, das gerade Gegentheil geworden wäre, nämlich das Signal zur Zerstörung der Türkei. Die Occupation hätte nicht später ausgeführt werden können, weil der Widerstand Zeit gewonnen hätte, zu einem wohlorganisierten Kriege anzuwachsen. Auf die finanzielle Frage übergehend, betonte Graf Andrássy, dass die Regierung ihr Möglichstes gethan habe, um die Kosten nicht allzusehr anwachsen zu lassen. Graf Andrássy wies auf die Opfer hin, welche selbst kleinere Staaten, wie Serbien, Rumänien und Griechenland gebracht hätten, um bei der Lösung der orientalischen Frage mitzureden. Die Österreich-Ungarn treffenden Lasten betragen nicht die Hälfte der Summe, welche die einfache Mobilisierung der Armee gefestet hätte. Wenn die Frage sich in die Alternative aufzöpfe, dass Österreich entweder zwei Dinge befürworten müsste, nämlich den Besitz Dalmatiens und sein Ansehen im Orient, oder eines zu gewinnen hätte, nämlich eine neue Position im Orient, dann könnten die gebrachten Opfer zwar noch immer groß erscheinen, aber keinesfalls vom Standpunkt des Jahresbudgets beurtheilt werden. Graf Andrássy wies, um eine Beurtheilung seiner ganzen amtlichen Wirksamkeit nach dem Ergebnis des Berliner Congresses zu ermöglichen, auf die isolierte Lage der Monarchie bei seiner Übernahme der Geschäfte hin und auf die heutige Stellung derselben, wie sie der Berliner Vertrag veranschaulicht. Graf Andrássy constatirte, dass in der Stellung der Monarchie, wie sie auf dem Berliner Congress zu Tage getreten sei, das hauptsächlichste Resultat seines Wirkens zu erbliden wäre. Sei dies Resultat schlecht, dann lohne es nicht der Mühe, sich gegen Vorwürfe über irgend ein Detail zu vertheidigen. Graf Andrássy erörterte hierauf eingehend die Aufgaben und Resultate des Berliner Congresses. Derselbe habe bis jetzt den europäischen Frieden erhalten und der Türkei die Möglichkeit des Bestandes geboten. Der Congress habe den österreichischen Interessen volle Rechnung getragen, indem er die Vergleichung Serbiens und Montenegros reduzierte, die Zone zwischen beiden beträchtlich erweiterte, das gewonnene Terrain der Türkei restituirt, Österreich-Ungarn aber zur Sicherung seiner Communication das Recht einzuräumen, in diesem District Straßen anzulegen und Garnisonen zu halten. Sodann zählte Graf Andrássy die weiteren, Österreich-Ungarn betreffenden Bestimmungen des Congresses auf und constatirte, dass sich auf dem Congress die grosse Einmuthigkeit bei allen Fragen gezeigt habe, welche österreichisch-ungarische Interessen berührten. Durch das Occupationsmandat hätten die Mächte nicht allein die Legitimität der österreichisch-ungarischen Interessen im Orient anerkannt, sondern auch durch ihre Beschlüsse klar ausgesprochen, dass ein großes, startes Österreich eine europäische Notwendigkeit sei, und dass diese Monarchie, weil sie nicht aggressiv oder expansiv Politik machen könne und wolle, in der Erfüllung ihrer natürlichen Mission auf die Unterstützung Europas rechnen könne. Eine Grundbedingung der Ausführung des Vertrages aber sei die Occupation Bosniens und der Herzogowina gewesen, sie sei unausweichlich gewesen für die Erhaltung der Türkei und ebenso nothwendig, wenn die Erhaltung aus Gründen der inneren Schwäche nicht gelingen sollte. Denn in diesem Falle seien Bosnien und die Herzogowina der defensiv Punkt, dessen Österreich bedürfe, um seine politischen und materiellen Interessen zu schützen, ohne sich auf eine Politik der Abenteuer verlassen zu müssen. Die Politik der Regierung sei auch eine gut österreichische, sei die Tradition Eugens von Savoyen, die Tradition der Hunyadys, nur mit dem Unterschiede, dass der Weg zur Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessen auch der einzige sei, welcher der Türkei ermögliche, sich in ihrem jetzigen Bestande zu erhalten. Dass seine (Andrássy's) Politik nicht anders lauten könne, als "Durchführung des Berliner Vertrages durch Österreich-Ungarn und durch die anderen Staaten", sei selbstverständlich.

Graf Andrássy zweifelt nicht, dass die Delegation thun werde, was die Wohlfahrt und die Interessen und die Zukunft der Monarchie erreichet. — Nach einer Pause interpellirte der Deputirte Gisla den Grafen Andrássy darüber, wie lange die Occupation dauern werde, ob die Annexion beabsichtigt werde und welche Stellung beide Länder zur Monarchie erhalten sollen. Auch stellte die Frage, warum eine Verständigung mit der Türkei unterblieben sei. Kuranda interpellirte über die Convention in Betreff Novibazars. — Graf Andrássy wird diese Fragen morgen beantworten.

Pest, 1. December. [In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses der Reichsrath-Delegation] beantwortete Graf Andrássy die in der gestrigen Sitzung von dem Deputirten Gisla an ihn gerichtete Interpellation bezüglich der Dauer der Occupation, sowie die Interpellation des Abg. Kuranda, bezüglich der Convention betreffs Novibazars. Auf die erste Interpellation erklärte Andrássy, die Occupation werde so lange dauern, bis die von Europa anerkannten Zwecke derselben erreicht, die Gefahren abgewendet und die der Türkei gebrachten Opfer erlegt seien und bis die Türkei eine Gewähr dafür biete, dass der durch die Occupation geschaffene Zustand sich unter ihrer Herrschaft nicht verschlechtere. Sollte es zu der Frage wegen der Annexion kommen, so würden die gegebenden Körper in Gemeinschaft mit der Krone über dieselbe entscheiden; diese Frage sei aber nicht an der Tagesordnung. — Die Interpellation Kurandas beantwortete Graf Andrássy dahin, der Abschluss der Convention sei früher unterblieben, weil die Pforte anfangs mit dem Berliner Vertrage nicht harmonirende Bedingungen stellte. Die heutigen Anänderungen der Pforte seien von den früheren bedeutend verschieden. Der Minister verließ hierauf die Deputation, in welchen die Pforte erklärt, sie habe alle erforderlichen Anordnungen getroffen und die Truppen würden als Freunde empfangen werden. Für die Autonomie Bosniens hätte die Monarchie die Garantie übernehmen und öfter militärisch einschreiten müssen. Das Occupationsmandat Österreichs sei eine Bestimmung des Berliner Vertrages und könnte nur durch einstimmigen Beschluss aller Theile, welche jenen Vertrag geschlossen, verändert werden. — Nachdem der Minister schließlich noch auf die handelspolitische Abmachung mit Serbien hingewiesen hatte, ging der Ausschuss auf die Specialberatung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen ein. Die einzelnen Posten wurden nach den Anträgen der Referenten angenommen. Nur bei den Nachtragscrediten, insbesondere bezüglich der für die bosnischen Flüchtlinge entstpann sich eine längere Debatte, doch wurde die geforderte Summe in den Etat eingestellt und die Regierung zur Vorlage einer Special-Nachweisung aufgefordert.

Frankreich.

Paris, 28. Nov. Abends. [Todesfälle. — Diplomatische. — Die Interpellation der Rechten im Senat.] Der bonapartistische Senator Andras und der ehemalige Minister Chevandier de Valdrome, deren Tod man 24 Stunden zu früh angezeigt hatte, sind heute wirklich gestorben. — Der Gesandte in Konstantinopel, Herr Jourrier, ist in Frankreich angekommen. Er will, wie man sagt, seine Candidatur bei den bevorstehenden Senator-Wahlen in seinem Heimath-Departement, in der Indre et Loire aufstellen. Der Graf Beust, den man bereits gestern hier erwartete, wird erst am 30. d. hier eintreffen, da er für den 28. und 29. von der Königin Victoria eine Einladung nach Schloss Windsor erhalten hat. — Nach den letzten Berichten aus Versailles hat die Rechte des Senats ihre Interpellationsabsichten wieder aufgegeben.

Paris, 29. Nov. [Aus der Deputirtenkammer. — Berathung des Budgets. — Sitzung des Senats. — Aus Neukaledonien. — Die Heirath des Königs von Spanien. — Zum Handelsvertrage mit Amerika.] In der Kammer wurde die Budget-Discussion gestern fortgesetzt und zwar kam man zum Budget der schönen Künste. Auch dieses wurde in seinen wesentlichen Bestimmungen nach der Feststellung der Budget-Commission angenommen. Jedoch wusste der Unterrichtsminister Bardouz die Kammer zu einigen kleinen Änderungen zu bewegen. So z. B. verlangte und erwirkte er die Einschreibung der erforderlichen Summe für die Besoldung von 17 Inspectoren für den Zeichenunterricht, obgleich ihm der Berichterstatter A. Proust anscheinend sehr vernünftig einwandte, dass man den schlecht organisierten Zeichenunterricht lieber erst organisieren solle, ehe man Geld für die Besoldung von Inspectoren ausgabe. Die Amendements zu dem Budget der schönen Künste waren überhaupt zahlreicher als zu den Budgets der anderen Ressorts und der Präsident der Budget-Commission, Gambetta, der bei jeder Gelegenheit auf die schleunigste Beendigung der Debatte dringt, vertrieb wiederholt seine Unzufriedenheit über diese Verzögerung. So verlangte ein Herr Ecoute 100,000 Fr. für die Ermuthigung der patriotischen Malerei und Bildhauerei und motivierte diese Forderung in etwas wunderlicher und weitschweifiger Weise. Sein Antrag wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Die jetzt so vielfach debattirte Theaterfrage kam auch zur Besprechung, doch sind die Betrachtungen, zu denen sie Anlass gab, nicht von allgemeinem Interesse. Ulisse Parent verlangte, dass die subventionirten Theater jährlich mindestens zwei Freivorstellungen geben sollten. Der Minister erwiderte, dass er das nicht versügen könne, da diese Theater ihre Contracte haben. Andrieux forderte den Minister auf, eine irgendwie übrig gebliebene Summe zu verwenden, um die Aufführung einer fünffactigen Oper von Saint-Saëns „Etienne Marcel“ möglich zu machen. Diese Oper ist vom Theater-Director in Lyon angenommen worden, und das Unternehmen, meint Andrieux, verdient eine Ermuthigung. Der Minister versprach zu thun, was in seinen Kräften stehe. Der Marquis de Gillancourt kritisierte in einer amüsanten Rede die Leistungen der verschiedenen Pariser Theater. Es war schon spät, als man mit dem Budget für das Ministerium des Innern den Anfang mache, und man kam nicht weit mit demselben, denn Cuneo de Ornano mache einen heftigen Aufschlag gegen die Presse-Verwaltung, der eine Erwiderung des Unterstaatssekretärs Lepère herbeiführte, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Von der gestrigen Verhandlung des Senats ist nichts zu sagen. Dieselbe dauerte nicht 20 Minuten. — Das gestern von der „Agence Havas“ mitgetheilte Telegramm über ein neues Geheim in Neu-Caledonien hat seine Erklärung gefunden. Der Marineminister hat ein Telegramm von dem Gouverneur der Colonie erhalten, welches besagt: „Die mobilen Colonnen fahren fort, die Insurgentenbanden in dem Bezirk von Bora zu verfolgen. Der Rest der Coloniens ist ruhig. Drei kleine Seefahrzeuge mit einer Besatzung von 8 Freigelaßenen und 3 Schwarzen sind nahe bei der Mündung der Bora geplündert und ihre Besatzung getötet worden.“ Mit dem 5. Januar wird ein vierzehntägiger Schiffverkehr zwischen Neu-Caledonien und Frankreich beginnen. — Schon wiederholt ist in den Blättern davon die Rede gewesen, dass das spanische Ministerium auf eine neue Heirath für den König Alfons XII. bedacht ist. Die „Debats“ erfahren heute, dass Alfons entschlossen ist, die Hand der Prinzessin Christine, der älteren Schwester der jüngst verstorbenen Mercedes, zu verlangen. — Am nächsten Sonntag soll im Circus der Champs Elysées ein großes Meeting (Mass-meeting) zu Gunsten der Einführung eines neuen Handelsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten gehalten werden. Gegenwärtig sind bekanntlich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, nach der Bemerkung der „Debats“ auf ihrem einfachsten Ausdruck beschränkt. Während Frankreich den amerikanischen Producten den alten Generaltarif entgegenhält, welcher noch eine beträchtliche Zahl von Ausschließungen umfasst, sind die französischen Producte jenseits des Oceans den hohen Eingangszöllen unterworfen, welche nach dem Secessionskriege eingeführt wurden. Man will nun in jenem Meeting untersuchen, „ob diese beiden Verluste zusammen einen Gewinn ausmachen“. Der Urheber des Meetings ist der De-

putierte und Chocoladenfabrikant Menier, der aber durch Krankheit verhindert wird, denselben beizuwohnen. Das Ehrenpräsidium hat der Handelsminister Tesserenc de Bort übernommen; den factischen Vorsitz werden die Herren Fouquer de Careil und de Lafayette führen. Als Hauptredner sind der Franzose Laboulaye und der Amerikaner Tenton eingeschrieben und die Pausen ihrer Reden wird die Musik der republikanischen Garde ausfüllen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 2. Decbr. [Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Carl] langte gestern Nachmittag um 3½ Uhr mit dem Personenzug der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn auf dem hiesigen Centralbahnhofe an. In der Begleitung des hohen Reisenden befand sich der Fürst von Pleß, der Hofmarschall Graf v. Caniz, der kaiserlich russische General v. Erkert, der Oberst-Lieutenant v. Kosigk und der persönliche Adjutant des Prinzen, Major v. Brösecke. Da jeder offizielle Empfang verbeten, so war Niemand zur Begrüßung auf dem Bahnhof erschienen. Während des kurzen Aufenthaltes von 10 Minuten verließ Se. Königliche Hoheit nicht erst den Salonwagen und nahm derselbe hier den Kaffee ein. Die Ankunft in Hammer erfolgt Abends 8 Uhr, von wo aus in bereitstehenden Wagen die Weiterfahrt nach Schloss Rauden vor sich geht. Heute, Montag, und morgen, Dienstag, wird der Prinz den vom Herzog von Ratibor veranstalteten Jagden beiwohnen und Dienstag Abend wiederum nach Berlin rückkehren. Die Ankunft in Breslau erfolgt Abends 9¾ Uhr.

[Zu den Einzugs-Festlichkeiten in Berlin.] Der von Herrn Emil Rabat veranstaltete Extrazug, welcher morgen Dienstag Mittag 12 Uhr vom Centralbahnhof aus abgelassen wird, erfreut sich einer recht regen Beteiligung. Billets hierzu sind noch bis 11 Uhr im Bureau Carlstraße Nr. 28, also bis eine Stunde vor Abgang des Zuges, zu haben.

[Von den Meiningern.] Der Anfang der Vorstellungen des Wintermärchen's bleibt auch bei den Wiederholungen um 7 Uhr.

Breslau, 2. Decbr. [Appellationsgerichts-Vice-Präsident Dr. Beliz.] Am gestrigen Sonntage früh um 9 Uhr verließ nach längerem Leiden der in den weitesten Kreisen geachtete ehemalige Vice-Präsident des hiesigen Appellationsgerichts Dr. Friedrich Ludwig Adolph Wilhelm Beliz im ehrenvollen Alter von 82 Jahren. Der Enschlafene, hinter welchem ein vielbewegtes und thatenreiches Leben liegt, war ein treuer Diener seines Königs und ein Patriot im wahrsten Sinne des Wortes. Nur Wenigen ist gleich ihm die allgemeine Liebe seiner Mitbürger, die Hochachtung und Verehrung seiner Amtsgenossen und die Huld des Königs in gleich hohem Grade zu Theil geworden. — Ein Rückblick auf seinen Lebensgang bestätigt die Wahrheit des hier Gesagten. — Beliz wurde im Jahre 1797 zu Bahn in Pommern geboren, woselbst sein Vater Superintendent war. Seine Schulbildung erhielt er auf dem Gymnasium zu Stargard. Der Sieg gegen Frankreich war Veranlassung, dass seine Gymnasial-Carriere unterbrochen wurde, indem er als echter Sohn Pommerns zu den Fahnen des Königs eilte. Als freiwilliger Jäger im ersten Pommerischen Grenadier-Regiment Nr. 2 (damals Bataillon Stargard und Golberg) kämpfte er unter Blücher's Führung bei Ligny und Belle Alliance, sowie bei der Erhebung der belgisch-französischen Grenz-Festungen siegreich mit und half auf diese Weise einen ehrenvollen Frieden zu erstreiten. Demnächst lehrte er im Januar 1816 auf das Gymnasium zurück und nach absolvirtem Abiturienten-Cramen widmete er sich von Michaelis 1817 bis 1820 auf der Universität zu Berlin dem Studium der Rechtswissenschaft. Am 11. September 1820 wurde er als Auseculator bei dem Ober-Landesgericht zu Görlitz vereidigt. Am 4. October 1822 zum Referendar und am 8. März 1825 zum Ober-Landesgerichts-Assessor ernannt, fungirte er seit dem 9. Mai 1825 als solcher am Landesgericht zu Naumburg, und als Rath vom 31. December derselben Jahres bei dem Landesgericht zu Erfurt. — In den eben erst dem Staate einberufenen oder mit ihm vereinigten Provinzen hatte der Wechsel der Gesetzgebung einen gewaltigen Kampf zwischen dem abgeschafften und dem neu eingeführten vaterländischen Rechte hervorgerufen. Die Gerichte hatten die schwierigsten Aufgaben zu lösen, sehr verwickele Streitfachen zu entscheiden, und es gehörte viel Umfahrt und Klugheit dazu, die aufgeriegelten Gemüther zu befriedigen und für die zum Theil ganz neuen Institutionen zu gewinnen. In Anerkennung seiner Leistungen wurde er am 27. November 1831 zum Ober-Landesgerichtsrath nach Biberborn und am 1. Januar 1834 in gleicher Eigenschaft an das Oberlandesgericht nach Naumburg versetzt. In dieser Stellung bewährte er sich als scharfsinniger und lebensreicher Richter in Folge dessen ihm von den Ministerien der Justiz und der Finanzen der ehrenvollen Auftrag ertheilt wurde, eine neue Sportel-Taxe zu entwerfen. — Seine ausgezeichneten Leistungen blieben höheren Orts nicht lange unbekannt, denn laut Allerböhmer Bestallung vom 1. Januar 1853 erfolgte seine Ernennung zum Ober-Tribunals-Rath und laut Rescripts vom 27ten April 1853 zum Mitgliede der Immunität-Justiz-Examinations-Commission. Am 27. Juli derselben Jahres nahm er den Ruf als Vice-Präsident beim hiesigen Appellations-Gericht mit dem Vorbeh. im Strafseiten bereitwillig an, und ist ihm auf Grund Ministerial-Berufung vom 25. Juli 1855 der durch sein früheres Amt als Obertribunal-Rath zu Theil gewordene Rang eines Rates zweiter Klasse verblieben. Als die hiesige Hochschule am 4. August 1861 ihr Jubiläum feierte, wurde Beliz in Würdigung seiner Verdienste um die Rechtswissenschaft honoris causa zum Doctor utriusque juris ernannt. Von Seiner Majestät dem Könige erhielt der Genannte außer den Kriegsdenkmünze von 1815 am 18. Januar 1869 den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und am 18. Januar 1872 den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse. Nachdem Beliz drei Königen von Preußen in Krieg und Frieden mit seltenen Hingabe und Treue gedient, feierte er am 11. September 1870 sein 50jähriges Dienstjubiläum, bei welcher Gelegenheit ihm von allen Seiten die zahlreichen Beweise der Liebe, Hochachtung und Verehrung dargebracht wurden. Nach solcher raschlofen und unermüdlichen 50jährigen Thätigkeit war es nicht schwer zu nehmen, dass sich der Jubiläus nach der wohlverdienten Ruhezeit willigte; vorher erhielt er jedoch noch den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub für langjährige segensreiche Dienstzeit. — Leider war es ihm von der Vorsehung beschieden, kaum drei Jahre im Amt zu verbleiben. Seitige Begabung, scheinbare Aufsicht und füchsiges Urtheil standen ihm von der Vorsehung bestanden, kaum drei Jahre im Amt zu verbleiben. Seine ausgezeichneten Leistungen blieben höheren Orts unbekannt, und er erhielt keine Belohnung. — Mit diesen Eigenheiten verband sich aber als charakteristisches Merkmal seines ganzen Lebens der scharfe Blick für die praktischen Verhältnisse und Bedürfnisse des Lebens. Begeisterzt für alles Gute und Gute, für Kunst und Wissenschaft, besonders für Muß und Zoologie gewissenhaft und wahrhaftig, gerecht und wohlwollend gegen jedermann, hat er sich schon in früher Jugend gezeigt, so hat er sich bewährt bis an das Ende seines Lebens. — Außer seiner Eigenschaft als Landes-Offizier des Vereins „Einjährig-Freiwilliger von Schlesien“ als Vorsitzender und der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur“ als Sekretär der juristischen Section an. Der Tod hat das Leben eines Mannes abgeschlossen, welchem die Verehrung und die Liebe aller gesieht, war, denen er nahe stand. Sein Andenken wird daher ein unvergessliches bleiben.

[Aus dem Kreuzburger Kreise, 29. Novr. Kircheneinweihung.] Gestern wurde die in Neudorf liegenden Kreises neu erbaute evangelische Kirche feierlich eingeweiht. Der Maurer- und Zimmermeister Herr Heinrich aus Bischöflich, unter dessen bewährter Leitung das reizende, zur Muttergemeinde Gollowitz gehörige Filial-Kirchlein vollendet war, hat bis jetzt Kreise bereits vier Kirchen erbaut, von denen zwei in diesem Jahre eingeweiht worden sind. Derselbe übergab unter tief gespülten Worten die Weihe dem Kirchen-Schlüssel dem Patron, Herrn Mittmeister v. Britz, worauf der General-Superintendent der Provinz, Herr Dr. Erdmann, die Weihe hielt, an welche sich in gewohnter Weise der Gottesdienst, zur Muttergemeinde Gollowitz, gehörige Filial-Kirchlein vollendet war, hat bis jetzt Kreise bereits vier Kirchen erbaut, von denen zwei in diesem Jahre eingeweiht worden sind. Derselbe übergab unter tief gespülten Worten die Weihe dem Kir

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 1. Decbr. Die „Montagsszene“ erfährt, die österreichischen Delegirten für die Berliner Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag würden folgende Forderungen stellen: Aufrechterhaltung des Rohleinenverkehrs für Märkte und Bleichereien, namentliche Bezeichnung der Märkte und Aufrechterhaltung des Zollcartells. Dagegen würden die österreichischen Vertreter hinsichtlich des Appreturverkehrs Zugeständnisse machen.

Pest, 30. Nov. Die ungarischen Staatseinnahmen im 3. Quartal 1878 betrugen 59,194,141 Fl., die Ausgaben 74,693,632 Fl.; im Vorjahr stellten sich während desselben Quartals die Einnahmen auf 56,434,000 Fl., die Ausgaben auf 71,421,000 Fl.

Rom, 30. Nov. In Florenz sind einige Frauen, die der Internationalen angehören, verhaftet worden. — In Ancona haben die Gerichtsbehörden die Auflösung der Barsantoclubs „Umbertide“ und „Sigillo“ angesprochen. Voraussichtlich steht auch die Auflösung der übrigen gleichnamigen Cafés bevor.

Rom, 30. Novbr. Das Besinden Cairoli's bessert sich langsam, jedoch wird derselbe voraussichtlich nicht in der Lage sein, an den Berathungen der Kammer am nächsten Dienstag teilzunehmen. — In Trani entdeckte die Polizeibehörde das Local, in welchem die Internationalisten ihre Versammlungen abhielten, sie saßtite daselbst wichtige Documente und Chiffenschlüssel. — Der Proces gegen die verhafteten Internationalisten nimmt seinen Fortgang; es scheint, daß der Club in Irani Zweigverbindungen in den Provinzen hatte und in Correspondenz mit anderen Clubs Italiens stand.

Paris, 30. Nov. Graf Beust ist heute Abend hier eingetroffen.

Versailles, 30. Nov. Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Budgets der Colonien versprach der Marineminister Potheau gelegentlich der Discussion über das Project eines unterirdischen Kabels nach Caledonien Auskunft über die Unterdrückung des Aufstandes in Caledonien zu geben. Der Deputierte Soland (Rechte) erklärte, daß die Partei der Rechten das Budget votiren werden, daß sie aber gegen die Ausschließung der Minorität aus der Budgetcommission protestire. Gambetta machte dagegen geltend, daß die Budgetcommission durch die Aureaur gebildet worden sei. Die Kammer nahm darauf das gesammte Budget einstimmig an.

London, 30. Novbr. Abends. Das auswärtige Amt hat den aus 167 einzelnen Schriftstücken und zwei Anlagen bestehenden russisch-englischen Schriftwechsel über Mittelasiens veröffentlicht. Derselbe umfaßt alle Schriftstücke vom 20. Decbr. 1873 an bis 30. Septbr. d. J. und beginnt mit der Nachricht über den zwischen Russland und Chiwa abgeschloßenen Friedens-Vertrag, an welchen sich ein Bericht des Botschafters Loftus über eine bezügliche mit dem Reichskanzler Fürsten Goritschakoff gehabte Unterredung anschließt. Der die russischen Eroberungen in Mittelasien betreffende Theil des Schriftwechsels beginnt 1873, geht bis Ende 1875 und enthält fast durchweg bereits bekannte Schriftstücke. Ein Memorandum Lord Derby's vom 25. August 1875 an den englischen Geschäftsträger in Petersburg resumiert den Schriftwechsel über die Abgrenzung einer neutralen Zone in Mittelasien und erklärt, die Schaffung einer neutralen Zone mit genauer Absteckung der Grenzen, sei die einzige praktische Combination. Jede der beiden Mächte müsse sich verpflichten, die Russlinie nicht zu überschreiten und die Unabhängigkeit von Afghanistan und Bokhara aufrecht zu erhalten, ersteres sollte unter britischer, letzteres unter russischem Einfluß stehen. Der Adjunkt des russischen Reichskanzlers, Geh. Rath Giers, antwortete unter dem 15. Februar 1876, Russland stimme dem vereinbarten Arrangement in Betreff der Grenze Afghanistans vollständig zu, Afghanistan würde außerhalb der Actionsphäre Russlands bleiben. Eine Depesche der indischen Regierung aus dem Monat October 1875 meldet, daß ein russischer Abgeandter mit einem Briefe des Generals Kaufmann am 4. Sept. 1875 in Kabul angelommen sei. Der Brief Kaufmanns bestätigte den Empfang zweier Briefe von Seiten des Emir, in welchen dieser die Ernennung Abdullah Khans zum Thronfolger angezeigt habe, sei sehr freundlich und erklärte, die Freundschaft zwischen Russland und Afghanistan werde durch die zwischen England und Russland bestehende Freundschaft bestärkt. Die sehr herzliche Antwort des Emir vom 19. Sept. 1875 bejaht, er werde nichts gegen die zwischen Afghanistan und Russland bestehende Freundschaft unternehmen. Ein weiterer Brief des Generals Kaufmann vom 27. October 1875 benachrichtigt den Emir aus Freundschaft von den Eroberungen Russlands in Bokhara. Der englische Agent in Kabul meldet darauf die am 9. Juni 1876 erfolgte Ankunft eines weiteren Abgeandten des Generals Kaufmann mit einem Briefe, in welchem der Hergang der Ereignisse in Kykand dargestellt und ausgeprochen wird, die Annexion Bokhara sei nicht im Interesse Russlands erfolgt, sondern auf die Bitte der Bevölkerung von Bokhara und um denselben die Ruhe wiederzugeben. Die indische Regierung empfahl in einem Telegramm vom 16. September 1876 wegen des fortgefeierten Briefwechsels zwischen dem General Kaufmann und dem Emir, der durch russische Agenten erfolge, von welchen zwei sich in Kabul aufhielten, Russlands Vorstellungen zu machen. Die indische Regierung bemerkte dabei, der gedachte Schriftwechsel erregte in Kabul großes Aufsehen und sei die Veranlassung zu vielen Intrigen, durch welche den guten Beziehungen zwischen der indischen Regierung und dem Emir Eintritt geschehe. Unterm 2. October 1876 beauftragte hierauf Lord Derby den Botschafter Loftus, in Petersburg Vorstellungen zu machen, der russischen Regierung ihre Verpflichtung zur Nichteinmischung in die Verhältnisse Afghanistans ins Gedächtnis zurückzurufen und ein Desavou des Generals Kaufmann zu fordern. Eine Depesche Lord Derby's vom 24. October 1876 besagt, der Botschafter Graf Schwaloff habe ihm eine Depesche der russischen Regierung mitgetheilt, in welcher die dem General Kaufmann zugeschriebenen Schritte in Kabul категорisch dementirt würden. Der Botschafter Loftus melbet unter dem 19. October 1876, der Vertreter des Reichskanzlers, Geh. Rath Giers, erkläre, er wisse nichts davon, daß General Kaufmann einen Agenten nach Kabul gesendet, und daß derselbe einen Brief an den Emir gerichtet habe, er werde vom General Kaufmann Information verlangen. Ein Brief des Generals Kaufmann an den Emir vom 6. Juli 1876 meldet, daß er nach Monatlicher Abwesenheit in Petersburg nunmehr nach Taschkent zurückgekehrt sei, und enthält neue Freundschaftserklärungen. Der Botschafter Loftus berichtete am 17. November 1876, Geheimer Rath Giers habe ihm erklärt, daß General Kaufmann nicht die Aufgabe gehabt habe, dem Emir politische Mittheilungen zu machen, und daß die Briefe des Generals Kaufmann nur den Charakter eines Höflichkeitstauschs trügen. Eine Depesche des Generals Kaufmann selbst vom 9. November 1876 legt energische Vermahnung dagegen ein, daß er einen politischen Schriftwechsel mit dem Emir gehabt habe, die Briefe seien nur höfliche Communicationen gewesen und von Seiten des Emirs ihm nach Bokhara gefandt worden. Lord Derby zeigte dem Botschafter Loftus unter dem 7. Februar 1877 den Empfang der russischen Erklärungen an, fügte indes hinzu, er könne Russlands Ansicht, daß die Briefe des Generals Kaufmann nur ein Höflichkeitstausch gewesen seien, nicht acceptiren, die Abgesandten des Generals Kaufmann seien in Kabul als Agenten Russlands empfangen worden. Geh. Rath Giers erneuerte in einer Depesche vom 5. März 1877 die bisherigen allgemeinen Vertheilungen. Unterm 13. Juni 1877 forderte Lord Derby den Botschafter Loftus auf, wegen des Vorwurfs russischer Truppen gegen Merv der russischen Regierung Bemerkungen zu machen; England könne dadurch gezwungen werden, seinerseits einen Bormarsh zu unternehmen. Geh. Rath Giers erklärte in seiner Antwort vom 18. Juli 1877, die Bewegung der russischen Truppen sei nur zum Zweck der Bestrafung der Turkomanen unternommen. Der Botschafter Loftus meldete am 12. September 1877, General Kaufmann habe die Instruction, den Bedingungen eines guten Einvernehmens zwischen England und Russland strikte zu entsprechen. Am 3. Juli 1878 zeigte der Botschafter Loftus an, er habe den Geh. Rath Giers gefragt, ob von der Regierung oder vom General Kaufmann ein Vertreter Russlands beauftragt worden sei, nach Kabul zu gehen, Giers habe darauf erwidert, daß weder die Regierung noch General Kaufmann eine Mission nach Kabul gesendet oder zu senden beabsichtigt habe. Am 14. August 1878 berichtete der englische Geschäftsträger in Petersburg, Geh. Rath Giers habe ihm erklärt, es sei kein russischer Gesandter mit einem Briefe des Kaisers nach Kabul gegangen, es sei aber möglich, daß General Kaufmann einen Brief dahin gesendet habe. Zugleich habe Giers die formelle Verabsicherung abgegeben, daß alle militärischen und politischen Vorrichtungen, die man gegen England ergriffen, als die Beziehung Englands und Russlands gespannte waren, eingestellt worden seien.

London, 1. Decbr. Nach einer Meldung des „Reuter'scheu Bureau“ aus Konstantinopel vom 30. v. M. hat Muftiar Pascha, der nach Janina geht, auch die Mission erhalten, die offiziellen Verhandlungen mit Griechenland wegen Rectification der griechischen Grenze vorzubereiten.

Lahore, 1. Dec. Ein Wagenzug mit Lebensmitteln ist gestern in den Khyberpass eingedrungen. Die Afridis wurden zurückgeworfen, unterhielten aber auf ihrem Rückzuge das Feuer gegen die englischen Truppen. Man glaubt, daß der Transport in Alimusjid eingetroffen. — Gerüchtweise verlautet, daß die Garnison von Jellalabad um mehrere Regimenter verstärkt worden sei. Von den Bergstammen ist neuerdings ein Angriff auf die im Khyberpass aufgestellten Beobachtungsposten gemacht worden.

Lahore, 1. Decbr. Roberts traf am 28. Novbr. mit zwei Brigaden Infanterie, 4 Geschützen, einem Elefanten und einer Bergbatterie in Hubikala ein, fand den Priwerpash von den Afghenanen besetzt und internahm eine Reconnoisirung, um die Stellung des Feindes zu erfahren. Die Engländer verloren einen Todten, zwei Offiziere und 8 Mann wurden verwundet. Roberts blieb am 29. Nov. am Eingang des Desilees und wollte am 30. Novbr. vorrücken.

Brüssel, 30. Novbr. Die Nationalbank hat den Discount von 5 auf 4 p.C. herabgesetzt.

(Aus Hirsh's telegraphischem Bureau.)

London, 29. Nov. Die Mission des Grafen Schwaloff ist, wie in hiesigen, der russischen Botschaft nahe stehenden Kreisen vertheilt wird, auch in London von einem ausgezeichneten Erfolge begleitet gewesen und wird bereits in nächster Zeit sowohl die Ausschreibung der Berliner Congresbestimmungen als auch die Politik Russlands und Englands betreffs Afghanistans in das übereinstimmend gewünschte Stadium der Klärung gelangen.

Breslau, 2. Dec., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Martke war sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen bei schwächerem Angebot ruhig, pr. 100 Kilogr. schlechterer neuer weißer 13,40—15,80—17,20 Mark, neuer gelber 13,20—15,60 bis 16,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Woggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,70 bis 11,70 bis 12,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. neue 12,40 bis 13,50 Mark, weiße 14,20—14,70 Mark.

Hafser in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 10,20—10,70—11,20 bis 12,20 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,20—12,20—12,80 Mark. Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 13—14—16 Mark, Victoria 17,50—18,50—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark. Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blonde 8,00—8,10—8,40 Mark.

Widen schwächer Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark. Delfsäaten in ruhiger Haltung.

Schlaglein unverändert.

Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinfaat 24 — 21 25 19 25
Winterrap 24 — 20 75 18 25
Winterrüben 23 50 20 25 18 25
Sommerrüben 22 50 20 25 18 25
Leindotter 20 50 19 50 17 50

Kapsuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,80 Mark.
Leinluchen matter, pr. 50 Kilogr. 8,30—8,60 Mark.

Kleesamen schwächer Umsatz, rother sehr ruhig, pr. 50 Kilogr. 37 bis 40—44 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 44—57—64 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,25—27,25 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Haussboden 18,75—19,25 Mark, Roggen-Zuttermehl 8,25—9,25 Mark, Weizenkleie 7—8 Mark.

Hen 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schot à 600 Kilogr.

Breslau, 2. Dec. [Wasserstand.] D. B. 5 M. 4 Em. U. B. — M. 36 Em.

Zur Weihnachtsliteratur.

Die Verlagsbuchhandlung von Eduard Trenwendt in Breslau bietet auch in diesem Jahre wiederum ein wohlsofortiges Lager von Jugendbüchern, die sich, was Form und Inhalt betrifft, ganz besonders zu Gesetzmäßigkeiten für die Jugend eignen. Außer den bereits bekannten Werken gesiegener Jugendbuchsteller, die bereits mehrere Auflagen erlebt haben, sind auch wiederum einige Nobilitäten in dem erwähnten Verlage erschienen. Die seit einer langen Reihe von Jahren so beliebte Trenwendt'sche Jugendbibliothek ist auch in diesem Jahre wieder um 3 Bändchen vermehrt worden. Die neuen Erzählungen sind: „Durch Liebe besiegt“ von Richard Roth, „Prinz Eugen, der edle Ritter“ von Richard Roth und „Geprüft und bewährt“ von O. Naturp. Sämtliche Bändchen sind mit passenden, sauber ausgeführten Illustrationen versehen. Die Namen der beiden wohlbelannten Jugendbuchsteller Richard Roth und O. Naturp. bieten die beste Gewähr für die Gedenkgabe des Inhaltes dieser Erzählungen. Trenwendt'sche Jugendbibliothek, welche sich die Ausgabe gestellt hat, eine Jugendliteratur zu schaffen, welche den hohen Zweck stellt vor Augen, durch Billigkeit des Preises jedem zugänglich ist, zählt bis jetzt 63 Bändchen, welche die bekanntesten und beliebtesten Jugendbuchsteller zu ihren Verfassern haben. Ein gewiß Wieler willkommenes Weihnachtsgeschenk bietet der durch seine Sonnengemälde aus Amerika und Afrika rühmlich bekannte Jugendbuchsteller Karl Müller in seinem neuesten, für die reifere Jugend bestimmten Werk. Diesmal ist es ein Naturgemälde aus dem Binnenlande Süd-Afrikas, beititled „Die jungen Clephantenjäger“, welches Karl Müller mit bekanntem Geschick vor den Augen seiner Leser aufrollt. Dieses neue Werk Karl Müller's schließt sich an seine „Jung en Boers“ an, in welchen die Lebensweise der holländischen Ansiedler oder Bauern im Capland und seinen benachbarten Ländern geschildert wurde. In den „jungen Clephantenjäger“ schildert der Verfasser in romantischem Gewande, aber mit gewissenhafter naturgeschichtlicher Treue und Thatsächlichkeit das gewaltig wuchernde Thierleben im südafrikanischen Binnenlande, welches durch die neuesten Entdeckungen der Forschungsreisenden unter jener Zone sich immer mehr als einer der reichsten, interessantesten und eigenartigsten Theile der Erde enthüllt und darum die Beachtung der Gebildeten in ganz besonderem Maße verdient. Ohne in einem pedantisch belehrenden Ton zu verfallen, hat der Verfasser eine Menge neuer und interessanter Erzählungen der Pflanzen- und Thierwelt treu geschildert und die Fälle unterhaltsamen und belebenden Stoffes in angenehmer Weise, wie wir dies von seinen früheren Schriften gewohnt sind, auch in diesem neuesten Werk vereinigt. Den Text des Buches illustriert sechs in lithographischem Farbendruck künstlerisch ausgeführte Bilder. Die äußere Ausstattung macht das Buch zu einem wirklichen Prachtwerk. Als schönes und passendes Geschenk für junge Mädchen bietet der Trenwendt'sche Verlag außer den beliebten Erzählungen von Bertha Hildebrand, Hedwig Prohl, Luise Thalheim, Mary Osten u. A. als Neuheit eine Erzählung von M. Ermann, beititled: „Poetisch oder Prosaisch“. Diese, die kleinen Erlebnisse eines jungen Mädchens in einfacher Weise schildernde Erzählung wird gewiß in den Kreisen, für welche sie bestimmt ist, mit vielem Interesse gelesen werden. Das Buch empfiehlt sich durch elegante äußere Ausstattung ganz besonders als Weihnachtsgeschenk.

In dem soeben bereits in 8. Auflage erschienenen „Neuen Liederbuch“ von Friedrich Bodenstedt „Aus Mirza Schaffy's Nachlaß“ (A. Hoffmann, Berlin) hat der Dichter in einem erläuternden Nachtrage den Lesern eine besondere Freude bereitet, indem er endlich Aufschluß über eine Frage und einen Streitpunkt gegeben, die seit dem ersten Auftreten seines Buches in Betracht des eigenlichen Autors das Publikum vielfach beschäftigt haben. Wer mit Spannung nach der Fortsetzung der alten Mirza Schaffy's Lieder greift, wird sich nicht enttäuscht finden, es ist eine Gabe nicht zu flüchtigen Genüssen, sondern zur Begleitung durch das Leben, zu dauernder Erhebung und Ergötzung. Der neue Liedertraum ist höchst elegant in eigenartig geschmackvoller Ausstattung als Miniaturausgabe gebunden.

Münchener Bilderbogen. Humor und Satire aus Karikaturen von Th. v. d. Immer. (Stuttgart, Richter und Kappler.) Ein sprudelnder Humor und eine sicher tressende Satire machen das Buch zu einer interessanten Tageserscheinung. Es sind nicht bloß locale Motive, welche dem Witz des Autors zum Gegenstand dienen, sondern meist allgemein menschliche und überall herrschende Zustände, denen nur ein bestimmter lokaler Hintergrund gegeben ist. Eben darum unterscheidet sich das Werk auch von ähnlichen Feuilletonistischen Arbeiten, indem es in der Form flidigen Scherzes einen tieferen Gedanken verschließt zum charakteristischen Ausdruck bringt. Wie die erste, wird auch diese zweite Auflage nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu lenken.

Bon den zahlreichen Romanen, mit welchen der Büchermarkt und der Arbeitsstisch des Recensenten überchwemmt werden, wollen wir von Zeit zu Zeit diejenigen summarisch erwähnen, welche, ohne gerade epochenmäßig zu sein, eine gute, anregende Lecture bieten und unsern Lesern somit empfohlen werden können. Heute können wir dies mit zwei neuen Erzählungen thun. „Vae victis“. Ein historischer Roman in vier Bänden von Karl Berkow (Leipzig, Dür), welcher am Ausgang des Mittelalters in dem romantischen Spanien spielt, wo damals der Herrschaft der Mauren ein Ende bereitet wurde, und „Die von Hohenwald“, ein dreibändiger Roman von Stroffuss, welcher bereits im Feuilleton eines Breslauer Blattes veröffentlicht worden ist.

W. „Die Welt im Becher“ betitelt sich ein schmudes Büchlein, das soeben aus dem Verlage von Chr. Limbart in Wiesbaden hervorgegangen ist. Verfasser ist Hermann Dökmann, der rheinische Poet, welcher sich zuerst unter dem Pseudonymen Franz Othen bekannt machte und bereits eine ganze Reihe von Gedichtsammlungen veröffentlicht hat, die es sämtlich verdienten, beachtet und gelesen zu werden. Denn hier haben wir es nicht mit einem handwerksmäßigen Reimkram zu thun, sondern mit einem wahren und liebenswürdigen Dichtertalent, das Gedantenfülle mit Schönheit der Form stets zu einem anmutigen Ganzen zu verbinden weiß. Ganz besonders dazu angethan, sich einen großen Kreis von Freunden zu erwerben, ist die vorliegende Sammlung, die uns in Wahrheit „Die Welt im Becher“ bietet, d. h. die Welt, wie sie dem fröhlichen Zeiger erscheint, ein erheiterndes, anheimelndes Kaleidoskop, wobei sich übrigens das horizontale in vino veritas fast auf jeder Seite bestätigt. „Im Rheingau“ — „Destillen“ — „Sentimentales Intermezzo“ — „Unpolitisch“ — „Vor und nach dem Culturmampf“ — „Aus dem Reich der Preise“ — „Bunte Reihe“ — das sind die einzelnen Rubriken des Buches, die dessen reiche Mannigfaltigkeit schon ahnen lassen. Wir sind überzeugt, daß Niemand das Büchlein unbefriedigt aus der Hand legt, ganz besonders aber seien gesellige, fröhliche Kreise darauf aufmerksam gemacht.

Pessimisten. Roman von F. von Stengel. 3 Bände. (Stuttgart, Richter u. Kappler.)

Die Verfasserin urtheilt Honegger, nimmt zum Lieblingsgegenstand interessante physische Probleme — eine glückliche Wahl, denn gerade für dieses Feld ist ihr bedeutendes Talent geschaffen, ihr Blick geschärfzt. Der Architekt Fernow, dessen Adoptivschwester Raphaela, „das gesundene Mädchen“, die Gräfin Sophie Heeren, — die Hauptpersonen des Stüdes zählen zu den originellsten und bestentwickelten Charakteren, die uns im ganzen weiten Gebiete des Romans aus den letzten Jahren entgegentreten sind. Die Conflicte sind spannend und doch vollkommen natürlich; die Sprache klar und bestimmt. Weit entfernt von der Effethaucherei unserer Tage weist die Verfasserin doch ungemein zu fesseln; die überzeugende Sicherheit des in die Tiefe gehenden physischen Einblicks ist eine ihr verliehene Gabe von hohem Werth; das Menschenherz kennt sie. Eine seltene Anziehung liegt in der unantastbaren Natürlichkeit und matellosen Reinheit des Werkes in allen

